

Bundesweiter RÜMSA-Fachkongress 2022 - „Zukunft gemeinsam gestalten – Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang Schule-Beruf dauerhaft sichern“

Fachgespräch „Erfahrungen aus Ländersicht: Wie kann Nachhaltigkeit erzielt werden und welche Herausforderungen werden gesehen?“



Das Fachgespräch zu „Erfahrungen aus Ländersicht: Wie kann Nachhaltigkeit erzielt werden und welche Herausforderungen werden gesehen?“ brachte unterschiedliche Perspektiven zu rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit in der Jugendberufsagentur mit Blick auf die nachhaltige Verankerung von Strukturen zusammen.

Dr. Kristin Körner, Abteilungsleiterin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Sachsen-Anhalt

Wesentliche Faktoren sind Unterstützung der Führung, Geduld und engagierte beteiligte Menschen

Mit Blick auf das Landesprogramm RÜMSA hob Dr. Kristin Körner für Sachsen-Anhalt als wesentliche Faktoren einer erfolgreichen Zusammenarbeit Geduld, engagierte Personen, die gut im Team zusammenarbeiten und eine aktive Unterstützung durch die jeweilige Führungsebene hervor.

Die regionale Gestaltung ist besonders in einem Flächenland wichtig

Die Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt zeigen, dass man gerade mit Hinblick auf unterschiedliche Flächenlandkreise den Raum für die Entwicklung und Ausgestaltung eigener, regionaler Wege geben müsse.

Zum Start sind zusätzliche personelle Ressourcen enorm wichtig

Von Beginn an herrschte in Sachsen-Anhalt die Überzeugung, dass es einer „Anfangsinvestition“ bedarf, um den Auf- und Ausbau einer Servicestruktur zu ermöglichen. So hat Sachsen-Anhalt auf regionale Koordinierungsstellen gesetzt. Diese Stellen haben die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit in den Kommunen unterstützend begleitet und damit Regionen vorangetrieben.

Das Landesprogramm Regionales Übergangsmanagement (RÜMSA) wird gefördert durch:

#ZukunftInSachsenAnhalt

Es bedarf der Entwicklung „interkultureller bzw. interbehördlicher Kompetenz“

Sich gegenseitig zu verstehen und den Mehrwert von Zusammenarbeit zu erleben: Beides beschleunigt die Entwicklung rechtskreisübergreifender Arbeit.

Auch nach mehreren Jahren der Zusammenarbeit kann gar nicht genug betont werden, wie stark die unterschiedlichen Kulturen und „Sprachen“ der beteiligten Organisationen den Prozess beeinflussen können. Die Mehrzahl der Beteiligten hat jedoch erkannt, wie sehr sich die Investition in „Übersetzungen“ von organisationsbezogenen Sichtweisen und die bewusste Einnahme der Perspektive der jeweils anderen Seite lohnt.

Die Erfahrung von RÜMSA zeigt: Das Verständnis für die Arbeitsweise der jeweils Anderen und die Bereitschaft voneinander zu lernen konnten dort entstehen, wo es gelungen ist, die Akteure in ein produktives und zielgeleitetes Miteinander-Tun zu bringen. Vertrauen und Intensität in der Zusammenarbeit werden durch kurze Wege über den Flur, gegenseitige Hospitationen und gute Fortbildungen gestärkt. Gemeinsame Fallbesprechungen und Projekte gehören daher in Sachsen-Anhalt ebenso wie eine thematische Fachgruppenarbeit zu den wirksamsten Basiszutaten einer gelungenen rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit.

Unterstützung der regionalen Weiterentwicklung und Nachhaltigkeit durch das Land

Darüber hinaus habe man in RÜMSA auf die qualitätsfördernde Funktion einer begleitenden Landesnetzwerkstelle gebaut. Sie habe u. a. mit Veranstaltungen und einem Monitoring dazu beigetragen, die Weiterentwicklung qualitativ zu stärken. Auf Landesebene ist die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit in Form der Steuerungsgruppe RÜMSA gespiegelt worden. Diese interministeriell besetzte Arbeitsgruppe hat das Landesprogramm unter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Spitzenverbände begleitet.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit stellt sich der wichtigste Erfolg anhand von Verwaltungsvereinbarungen dar. Nahezu alle Gebietskörperschaften haben spätestens zum 1. Juli 2022 eine solche Vereinbarung auf den Weg gebracht in der die JBA-Koordinierungsstellen dauerhaft verankert seien, in der Regel mit einer gedrittelten Finanzierungsform durch alle drei Rechtskreise. Dieses Ergebnis ist in enger Kooperation von Land und der Bundesagentur für Arbeit entstanden.

#ZukunftInSachsenAnhalt

Es braucht gute Kommunikation nach außen durch neue Formate der Politik

Zu einer guten Kommunikation nach außen, um die neuen Strukturen breit bekannt zu machen, gehörten neue Formate der Politik, auf allen Ebenen. Politik habe u. a. die Aufgabe, die Komplexität von Sachverhalten zu reduzieren und diese den Menschen gut zu vermitteln. Das Feld der Berufsorientierung und des Übergangs sei vielschichtig. Hier gibt es keine einfachen Lösungen, wie z. B. eine zentrale Ausbildungskoordinator*in im Land, der oder die alles weiß und richtet. Auch Jugendberufsagenturen seien komplex und nicht einfach zu erklären. Erfahrungsgemäß geht das am besten mit lebendigen (Erfolgs-)Geschichten.

Für ein gutes Storytelling brauche es wiederum auch an Bildungsketten interessierte Journalist*innen, die dazu beitragen, die Erfolge gut in die breite Öffentlichkeit zu transportieren.

Es braucht politischen Rückhalt für die Akteur*innen vor Ort

Ein politisches Commitment sei grundlegend wichtig und müsse Prozesse von unten nach oben begleiten. Hinzu komme die Bereitstellung von Ressourcen. Das Beispiel Koordination habe gezeigt: keine zu haben, sei einerseits unwirtschaftlich, andererseits bedeute es „Ausbeutung“ derjenigen, die leidenschaftlich motiviert diese Aufgabe zusätzlich machten. Es entspreche dem Gedanken an Nachhaltigkeit, wenn die Mitarbeitenden auch motiviert bleiben, indem sie für ihre Arbeit eine unterstützende Wertschätzung erfahren und Zeit zur Verfügung gestellt bekommen.

Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang Schule-Beruf ist rentabel

Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit rentiert sich da, wo die Verknüpfung von Behörden, Schulen und Betrieben gelingt und dadurch junge Menschen über betriebliche Praktika auch in der Region bleiben. Diesen Effekt könnte man sicherlich monetär nachweisen. Auch, dass sich die Koordinierungsstellen wirklich „lohnen“.

In der Förderlaufzeit habe immer wieder die Frage im Raum gestanden, wie man die Jugendämter stärker ins Boot hole und den Mitarbeitenden einen Mehrwert vermittele, den sie durch die Zusammenarbeit erhielten. Als Beispiel nannte Dr. Kristin Körner den Ansatz, sich gemeinsam mit der Jugendhilfe dafür stark zu machen, die so genannten

#ZukunftInSachsenAnhalt

Careleaver zu unterstützen, den Weg aus der stationären Jugendhilfe in die Selbständigkeit und eine berufliche Ausbildung in der Verzahnung von SGB XIII und II gelingend zu unterstützen.

RÜMSA ist nachhaltig - es bleibt

Zum Thema Nachhaltigkeit in Sachsen-Anhalt unterstrich Dr. Kristin Körner, dass die Idee von RÜMSA an vielen Orten weiterlebe und sich verbreite.

Ganz konkret gehe es in der neuen ESF Förderperiode zusammen mit dem Nachbarprogramm „Zielgruppen- und Beschäftigungsförderung“ in REGIO AKTIV in einer größeren Programmstruktur auf. Zudem sei nach sieben Jahren Förderung deutlich geworden, dass die geschaffenen Strukturen nachhaltig fest verankert werden müssen. Das ist geschafft. So werden die JBA-Koordinierungsstellen finanziell ausgestattet und fortgeführt. Die geschaffenen Jugendberufsagenturen werden per 30.06.2022 - bildlich gesprochen - ihren Berufsabschluss machen und dann wird es lauter „Junggesell*innen“ geben. Die gehen dann ins Berufsleben über, sind aber natürlich noch nicht „fertig“. Jetzt gehe es darum, die „Schätze zu heben“ und ein gutes Storytelling zu machen. Um die Entwicklung vor Ort weiter voranzutreiben, werde es wieder eine Netzwerkstelle - genannt „Regio-Netzwerkstelle“ - geben, die das f-bb ausfüllen wird. Mit dem neuen Programm wurden Lücken identifiziert und Unterstützungsbedarfe. Daher werde es auch eine Förderung von Stellen in der Jugendhilfe geben, die so genannten Jugendhilfeberater*innen (JUBE), mit denen die Jugendämter personelle Unterstützung bekommen können, um die koordinierenden Aufgaben der Jugendhilfe in der Jugendberufsagentur leisten zu können. Zudem werde die Berufsorientierung und damit verbunden auch Arbeit mit den Eltern gefördert, um stärker an die regionalen Bedarfe heranzukommen und um junge Menschen besser in der Region zu halten.

Nora Antonia Wallrabe, Referentin im Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die Erfolgsfaktoren der Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen lassen sich mit den Grundsätzen beim Improvisationstheater betiteln. Wichtig ist: „Arbeite mit dem, was da ist“

#ZukunftInSachsenAnhalt

Nora Antonia Wallrabe gab einen Einblick in die Erfahrungen aus dem Landesprogramm JubaS im Freistaat Sachsen und nahm - inspiriert vom künstlerischen Rahmenprogramm der Theaterturbine aus Leipzig - Bezug zu den Grundsätzen beim Improvisationstheater. Der im Landesprogramm JubaS verfolgte Ansatz, alle 13 Landkreise und kreisfreien Städte bei der Weiterentwicklung regionaler Jugendberufsagenturen zu fördern, ließe sich auch mit dem im Improvisationstheater wichtigen Grundsatz beschreiben: „Arbeite mit dem, was da ist.“ Das sei wichtig, um regionalen Besonderheiten und Bedarfen ausreichend Rechnung zu tragen. Für ein gelingendes Zusammenwirken sowohl auf regionaler Ebene sowie auf Ebene des Landes, brauche es zudem ein „Ja und...“ anstelle eines „Ja, aber“, um Kooperationsangebote anzunehmen und gemeinsam auszugestalten. Damit die Mitarbeitenden der eigenständig bleibenden Rechtskreise Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren, ihre Arbeit sichtbar wird und sie motiviert in Jugendberufsagenturen zusammenarbeiten, sei darüber hinaus das Prinzip „let the other shine“ (dt. lass' den/die andere(n) gut aussehen) wichtig. Transparenz und Vertrauen seien wesentliche Erfolgsfaktoren für Jugendberufsagenturen.

Seit 2019 unterstütze das sächsische Wirtschafts- und Arbeitsministerium im Rahmen der Fachkräftenrichtlinie mit der Förderung »Jugendberufsagentur Sachsen – JubaS« regionale Kooperationsbündnisse und fördere den landesweiten Fachaustausch und die Vernetzung über eine Landesservicestelle. Grundlage hierfür bilde die in 2017 geschlossene Vereinbarung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen im Freistaat Sachsen zwischen den Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA), für Kultus (SMK), für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit sowie den Kommunalen Spitzenverbänden.

Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit schont Ressourcen

Erfahrungen aus dem „Haus der Jugend Chemnitz“, der dienstältesten Jugendberufsagentur in Sachsen, zeigten, dass die über die Träger verteilten Ressourcen durch Kooperation sinnvoll miteinander verknüpft werden können. Parallelstrukturen würden vermieden und verfügbare Ressourcen gezielter eingesetzt. Zudem würden Schnittstellen auf das Minimum reduziert und die Prozesse stetig optimiert. Das erhöhe die Effektivität und mindere Informationsverluste.

Verantwortung liege auch bei den Unternehmen – sie müssten sich bemühen, attraktiver zu werden

Zum Aspekt der Wirtschaft wies Nora Antonia Wallrabe auf das Statement des Sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsministers, Martin Dulig, im Rahmen der JubaS-Fachtagung 2021 hin: Jugendberufsagenturen hätten die Aufgabe zum individuellen Berufswahlprozess optimal zu beraten. Jugendberufsagenturen hätten keine politische oder staatliche Lenkungsfunktion, denn es sei nicht Aufgabe des Staates zu entscheiden, welche Wege junge Menschen zu gehen haben. Bei der Nachwuchskräftegewinnung seien vor allem die Unternehmen gefragt. Sie müssten für ihre Berufsbilder werben und

#ZukunftInSachsenAnhalt

attraktive Arbeitsbedingungen anbieten. Hierbei kann der Staat nur unterstützen wie z. B. in Sachsen mit der Förderung regionaler Fachkräfteallianzen.

Frank Neises, Koordinator der Fachstelle für Übergänge in Ausbildung und Beruf –
überaus und der BIBB-JBA-Serviceestelle

Nicht nur Corona hat gezeigt: die Organisation von Strukturen und Prozessen muss flexibel sein

Aus Bundessicht gab Frank Neises einen Einblick in zentrale Aspekte zum Aufbau einer guten Unterstützungsstruktur mit allen Akteuren. Zunächst brauche es eine flexible Organisation von Strukturen und Prozessen, die sich an Situationen anpassen könne. Dies habe sich besonders in der Corona-Pandemie gezeigt. In dieser Zeit sei die Zusammenarbeit auf den Kopf gestellt und langfristig erarbeitete Strukturen und Prozesse müssten wieder neu gedacht werden.

In einer kürzlich, 2021, erfolgten Erhebung der Serviceestelle Jugendberufsagenturen im BIBB wurden insgesamt 348 Landkreise und kreisfreie Städte mit mindestens einer Jugendberufsagentur gezählt. Die Befragung habe nach deren Selbstauskünften gezeigt, dass es ganz unterschiedliche Ausgestaltungsformen von Kooperationsbündnissen gebe. Erkenntnisse zur qualitativen Arbeit von Jugendberufsagenturen könnten aus den Daten allerdings nicht abgeleitet werden. Aus der Arbeit mit Jugendberufsagenturen wisse man aber, dass diese Zeit brauchen, sich zu organisieren und Strukturen aufzubauen.

Vertrauen und Verbindlichkeit aufrecht zu erhalten sei dabei eine grundlegende, wesentliche Aufgabe. Weiterentwicklung sei dabei dauerhaft nötig. Dies sei jedoch kein linearer Prozess. Die gemeinsame Arbeit müsse vor dem Hintergrund sich wandelnder Situationen immer wieder überprüft und angepasst werden.

Das WIR in einer Jugendberufsagentur ist entscheidend

Zudem sei das WIR in der Arbeit entscheidend. Es gebe verschiedene „Reifegrade“ einer Jugendberufsagentur, aber auch verschiedene Ausgestaltungsformen – unter einem Dach, wie häufig im städtischen Raum oder unter vielen Dächern, wie in ländlichen Regionen. Was aber als Standard dennoch gelten sollte: das gemeinsame WIR, unabhängig von der Anzahl und Form der Anlaufstellen. Dafür brauche es klare Ideen, eine Strategie und Ziele, ausgerichtet an den Bedarfen der jungen Menschen. Die Ergebnisqualität der eigenen Arbeit zeige sich aber erst viel später, in der erfolgreichen Beratung, die sich letztlich bei den Jugendlichen niederschlage. Denn es gibt eine große

#ZukunftInSachsenAnhalt

Vielfalt an Angeboten am Übergang Schule-Beruf, aber auf die Bündelung vor Ort komme es an.

Auf die Bündelung der Angebote vor Ort und eine kontinuierliche Beziehungsarbeit kommt es an

Über die Instrumente der Rechtskreise der Sozialgesetzbücher II, III, VIII und IX hinaus gebe es insgesamt über 300 Programme am Übergang Schule-Beruf von Bund und Ländern. Die Mehrheit beinhalte die Beratung, die Begleitung, das Coaching und die Vermittlung. Dazu kämen ca. 120 Bildungsgänge der Länder in diesem Bereich. Es sei aber bekannt, dass die hohe Zahl an Programmen nicht allein zum Erfolg führe – die unabgestimmte Aneinanderreihung der Maßnahmen könne auch dazu führen, dass die Einmündungschancen in die Ausbildung, z.B. durch Stigmatisierungen verringert würden. Sobald die Jugendlichen die Schule beenden, müsse man die Chance ergreifen, es sofort und „einmal gut zu machen“. Betriebsnahe Angebote, das Nachholen von Schulabschlüssen und eine kontinuierliche Begleitung ohne Wechsel von Ansprechpersonen verbessere die Einmündungschancen in die Ausbildung. Er sehe in der verlässlichen Beziehungsarbeit mit Jugendlichen einen wesentlichen Schlüssel zum Erfolg, was auch Studien zur Berufsorientierung zeigten. Dieser Aspekt, nah an den Jugendlichen zu sein, werde immer unterschätzt, spiele aber eine große Rolle, um Brüche zu vermeiden. Das gesamte Umfeld der Jugendlichen und damit der identitätspsychologische Aspekt hätten großen Einfluss auf die Berufswahl und auch auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, das z.B. regional durchaus unterschiedlich sein könne.

Daher müsse man auch mit den Schulen als abgebenden Systemen arbeiten, da sie über jeden einzelnen Jugendlichen gut Bescheid wüssten, so wie auch die Jugendhilfe, aber auch mit den Unternehmen und Unternehmensverbänden. Mit Schulen arbeiteten einige Jugendberufsagenturen schon gut zusammen, mit Unternehmen und den Verbänden noch vergleichsweise wenig.

Nachhaltig wären ein gemeinsames Budget und eine strukturelle Verankerung

Wünschenswert sei ein gemeinsames Budget der Jugendberufsagenturen, um die Arbeit auf eine solidere Basis zu stellen. Auch eine strukturelle Verankerung, die jenseits von engagierten Einzelpersonen funktioniere, sei unter dem Aspekt von Nachhaltigkeit wichtig.

#ZukunftInSachsenAnhalt

Susanne Kretschmer, Geschäftsführerin des Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb)

Ein klarer politischer Wille, eine Vision sind ausschlaggebend für den Erfolg von Jugendberufsagenturen

Die wissenschaftliche Analyse von Jugendberufsagenturen zeige, dass die Kommunen ihrerseits viel beitragen könnten, die Strukturen vor Ort gewinnbringend für alle Beteiligten auszugestalten. Susanne Kretschmer bekräftigte, wie wichtig dabei das Engagement aller Beteiligten vor Ort sei. Ein klarer politischer Wille für Jugendberufsagenturen und eine klare Vision, was mit einer Jugendberufsagentur für die Region erreicht werden solle, seien ausschlaggebend für den Erfolg.

Im Kern geht es um eine bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung

Im Vordergrund stehe natürlich die gute Beratung von jungen Menschen am Übergang Schule-Beruf. Wichtig sei es aber auch, eine bürgernahe, dienstleistungsorientierte Verwaltung zu schaffen. Nicht zuletzt gehe es auch darum, durch eine gute Zusammenarbeit in kommunalen Bereichen, eine höhere Servicequalität zu erzielen und damit der Politikverdrossenheit der Bürger*innen ein Stück weit entgegenzuwirken.

Politik muss verstehen: „Keiner soll allein gelassen werden“ – das geht noch über die jungen Menschen hinaus

Bereits in der Anfangszeit der Idee von Jugendberufsagenturen habe es geheißen „Keiner soll verloren gehen“. Heute wäre diese Aussage zu ergänzen um „Keiner soll allein gelassen werden“. Denn es gehe natürlich weiterhin um die jungen Menschen und ihre Familien, aber auch um Lehrerinnen und Lehrer, die Unternehmen und die Menschen in der Region. Das über uns allen hängende „Damoklesschwert ‚Fachkräftemangel‘“ habe in Verbindung mit dem demografischen Wandel und den großen Zahlen an Beschäftigten, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, massive Auswirkungen auf alle Wirtschaftsbranchen und die gesamte öffentliche Infrastruktur. Umso wichtiger und drängender sei es, jungen Menschen berufliche Chancen für sich selbst, aber auch in der Region noch besser aufzuzeigen und sie und ihre Familien bei beruflichen Bildungswegen zu unterstützen. Jugendberufsagenturen seien also auch ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Der Nutzen könne weit über die Zielgruppe der jungen Menschen hinaus auf die Region wirken.

#ZukunftInSachsenAnhalt

Jetzt gehe es darum das, was die Jugendberufsagenturen aufgebaut haben, bekannter zu machen. und das aufgebaute Wissen in der Kommune stärker zu verankern. Man müsse auch schauen, was die jungen Menschen und die Unternehmen noch benötigen und wie Behörden hier vielleicht „Vermittler“ sein können. Wesentliche Aufgabe der Akteur*innen sei es, der Politik den Sinn dieser Strukturen, die Erfahrungen, die gesammelt wurden und den Mehrwert über „gute Geschichten“ deutlich zu machen, damit sie die Entwicklungen weiter unterstützten.

Die verstärkte Zusammenarbeit ermöglicht erst, dass Jugendliche in ihrer gesamten Persönlichkeit wahrgenommen werden

Durch die verstärkte Zusammenarbeit der Rechtskreise würden die Jugendlichen zunehmend in ihrer gesamten Persönlichkeit und Situation wahrgenommen werden und nicht nur mit dem Blick aus einem einzelnen Rechtskreis heraus.

Unternehmen als Partner für Jugendberufsagenturen gewinnen

Für Unternehmen stellten sich die Angebote am Übergang Schule-Beruf, wie die Einstiegsqualifizierung oder die assistierte Ausbildung, häufig, nach wie vor noch, als „Maßnahmedschungel“ dar. Daher brauche es auch für sie eine Art „One-Stop-Shop“ – ein Begriff aus der Wirtschaft – als eine Anlaufstelle, die sie gebündelt über passende Instrumente aus den Sozialgesetzbüchern, aber auch aus Landes- und Bundesprogrammen, informiert. Ggf. könne hier auf kommunaler Seite eine Verknüpfung mit dem Konzept der Jugendberufsagentur hergestellt werden. Über gute Praxis aus den Unternehmen und Storytelling könne es dann noch besser gelingen, gute Erfahrungen weiterzutragen, auch in die Politik, um wiederum die Strukturen der Jugendberufsagenturen zu abzusichern.

Als wesentlichen Standard gelte es, den Informationsfluss zwischen den Partner nachhaltig zu regeln

Zur Frage von Mindeststandards gibt Susanne Kretschmer zu bedenken: es sollten nur wesentliche und gut einzuhaltende Standards vereinbart werden, da der mit der Verständigung auf gemeinsame Standards verbundene Prozess sehr zeitaufwendig sein könne. Verbindliche Vereinbarungen, die den Informationsfluss zwischen den Partnern regelten, seien dabei grundlegend wichtig. Sie sorgten dafür, auch mit Personalfluktuationen gut umgehen und Wissen für das Team absichern zu können. Hilfreich seien auch Vereinbarungen zu regelmäßigen Zusammenkünften, um einen

#ZukunftInSachsenAnhalt

Informations- und Erfahrungsaustausch zu gewährleisten. Außerdem sollte es eine Einigung über die Marke und den Kern eines Bündnisses geben, so dass das Gesicht, die Sprache und die Botschaft nach außen klar verständlich und einheitlich seien. Denn das schaffe wiederum Vertrauen und Verlässlichkeit.

Swantje Hüsken, Referentin für die Jugendberufsagentur Bremen/Bremerhaven

Wichtig für die Zusammenarbeit ist es, stärkenorientiert zu arbeiten

Seit sieben Jahren seien sie in Bremen und Bremerhaven mit drei Standorten vertreten. Swantje Hüsken hob hervor, dass es ihnen gelungen sei, aus der Defizitkultur herauszukommen und die Stärken aller Partner hervorzuheben. Man habe aufgehört, mit dem Finger darauf zu zeigen, was nicht funktioniere.

Eine parteiübergreifende Willenserklärung für Jugendberufsagenturen sorgt für Nachhaltigkeit

Sie stellte als richtungsweisend heraus, dass es im Stadtstaat von Beginn an eine politisch übergreifende Willenserklärung gegeben habe, mit der klargestellt wurde, dass es Jugendberufsagenturen, auch über Parteiwechsel hinaus, geben werde. Mit diesem politischen Rückenwind habe man sich gegenseitig die Karten auf den Tisch legen können, denn es brauche Vertrauen und das entstehe nur über das Thema Ehrlichkeit. Nicht zuletzt werde an ihrer Aufgabe und Funktion deutlich, dass sie, neben den anderen wichtigen Partnern aus dem SGB II und III als kommunale Vertreterin aus Bremerhaven für das Land Bremen sprechen dürfe, auch auf diesem Kongress. Es sei auch eine besondere Situation, dass das Land Bremen den kommunalen Partner, den Magistrat Bremerhaven, mit ins Boot in die Kooperationsvereinbarung geholt habe.

Es braucht Vertrauen bei den Mitarbeitenden, um Bottom-up-Prozesse zu stärken

Ehrlichkeit als Basis für Vertrauen sei sowohl zwischen den Partnern wichtig, aber auch nach außen, mit Blick auf die jungen Menschen. Und das gehe nur, wenn man die Mitarbeitenden auf der Reise mitnehme. Erfolgreich sei daher das Modell des „bottom-up“, nicht „top-down“ bei der Installation der Jugendberufsagentur in Bremen und Bremerhaven gewesen.

#ZukunftInSachsenAnhalt

Dr. Christiane David, Koordinatorin der Jugendberufsagenturen/regionalen Arbeitsbündnisse Jugend-Beruf, Mecklenburg-Vorpommern

Es braucht politischen Rückenwind, um Jugendberufsagenturen zu etablieren

Dr. Christiane David gab zunächst einen Einblick in die Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern und in ihre persönliche Funktion im Land zu diesem Thema. Anders als beispielsweise in Sachsen-Anhalt beteilige sich das Land MV nicht an den Arbeitsbündnissen, weder strukturell noch im Hinblick auf mögliche Leistungen der Jugendhilfe. Da auch die kommunalen Landesverbände das Thema „Übergang Schule Beruf“ nicht bespielen, hätten die Arbeitsbündnisse in Mecklenburg-Vorpommern ein Landesnetzwerk der Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf gegründet, um dem Thema auf diese Weise stärkeres Gewicht zu verleihen und Inhalte voranzubringen.

Nur ein stabiler Rahmen sorgt für Motivation bei den Mitarbeitenden

Am konkreten Beispiel der Instabilität eines Bündnisses durch Personalwechsel machte Dr. Christiane David deutlich, wie wichtig ein stabiler Rahmen sei, den die Politik geben müsse. Dieser entstehe ihrer Meinung nach aber auch nur, wenn es überhaupt eine politische Lobby gebe. Ohne eine entsprechende politische Lobby auf Ebene der Kreis- und Landtage für die Kinder und Jugendlichen sei eine Etablierung von Jugendberufsagenturen nicht möglich. Eine gesetzliche Grundlage gebe es ja jenseits der Rechtsrahmen der einzelnen Partner nicht. Mit politischem Rückenwind könnten auch die geschäftsführenden Akteure der einzelnen Partner mit einem deutlich höheren Engagement an ihre Mitarbeitenden herantreten, um diese zu motivieren. Zudem fehle es insgesamt noch an der Überzeugung, dass sie alle Dienstleister seien und für Kinder und Jugendliche da sein müssten.

Berufsorientierung muss zukunftsorientiert sein und durch Lehrkräfte mitgetragen werden

Frau Dr. David betont außerdem, dass es eine Berufsorientierung in Schule geben müsse, die auf die Zukunft ausgerichtet sei. Das sei natürlich nicht ganz einfach. Vor allem für die Lehrkräfte, die fast ausschließlich die schulische Welt kennen würden, sei es unabdingbar, dass sie aktuell und umfassend über die beruflichen Perspektiven heutzutage informiert seien, um die Kinder und Jugendlichen besser auf eine berufliche Zukunft vorzubereiten.